

„Das wäre blutiger Zynismus“

Joschka Fischer über die Kritik an seinem Bosnien-Papier und den Pazifismus der Grünen

SPIEGEL: Herr Fischer, haben Sie sich schon eine Knarre beschafft, um demnächst nach Sarajevo zu marschieren?

Fischer: Soll ich darauf ernsthaft antworten?

SPIEGEL: Das empfiehlt Ihnen Ihr Parteifreund Ludger Volmer, der Ihre Bosnien-Thesen „verantwortungslos“ nennt und „mit dicken Backen aufgeblasene symbolische Politik“.

Fischer: Ich wollte nach der Eroberung von Srebrenica eine Diskussion, die gibt es jetzt. Und manches wird sich schon bald als Scheinkontroverse erweisen.

SPIEGEL: Immerhin erntete Ihr Plädoyer für den militärischen Schutz der bosnischen Uno-Enklaven viel Lob aus konservativen Kreisen. Fühlen Sie sich wohl in der Umgebung von Interventionisten und Bellizisten?

Fischer: Nein, ich bin nach wie vor kein Bellizist. Aber man kann für manchen Beifall nichts. Doch zur Sache: Bisher haben wir Grünen immer argumentiert, daß wir in Bosnien den Uno-Einsatz inklusive Blauhelme und Schutzzonen unterstützen. Für Deutschland forderten wir zu Recht eine Beschränkung auf humanitäre Unterstützung.

SPIEGEL: Die Annexion von Srebrenica und Zepa machte dieses Schutzzonenkonzept zur Farce.

Fischer: Nach Srebrenica ist der bisherige Uno-Einsatz gescheitert, und es gibt nur noch drei Alternativen:

Wer eintritt für das Konzept der Schutzzonen, muß auch deren militärische Eroberung verhindern. Es kann nicht sein, daß Uno-Schutzzonen sich als Auslieferungsstätten von unbewaffneten moslemischen Zivilisten an ihre Mörder erweisen.

Oder aber: Wenn ich der Meinung bin, das geht nicht, dann muß ich konsequent sein und für Abzug und für Bewaffnung der bosnischen Muslime plädieren.

SPIEGEL: Die dritte Variante ist: weiter so?



Fischer beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich wollte eine Diskussion, die gibt es jetzt“

Fischer: Wer das will, soll es offen sagen. Das wäre der nackte und blutige Zynismus. Es bedeutet, daß man diesen Menschen faktisch die Illusion einer Schutzzone gibt bis zu dem Augenblick, wo sie dann von ihren Mördern abgeholt werden, wie in Srebrenica geschehen. Noch immer weiß man nicht, was aus Tausenden moslemischer Männer und heranwachsender Knaben ge-

Militärischen Schutz

für die Uno-Schutztruppen in Bosnien forderte Joschka Fischer, der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen, Ende Juli in einem Brief an seine Partei. Der Nuklearpazifismus sei die richtige Antwort auf die „globale Vernichtungslogik gewesen“, so argumentierte er. Durch die konventionellen Kriege mitten in Europa aber würden grüne gewaltfreie Überzeugungen „bis an die Grenze des Zerreißen herausgefordert“. Im SPIEGEL-Gespräch verteidigt sich Fischer, 47, gegen vehemente Angriffe aus den Reihen der Grünen.

worden ist, die von den Serben aussortiert wurden.

SPIEGEL: Sie brechen mit einem der letzten großen Tabus der Linken: jeder Teilnahme am Krieg.

Fischer: Die Linke hat den Krieg nie absolut abgelehnt: Spanien 1936, Vietnam, Nicaragua sind nur einige Gegenbeispiele. Ich lehne den Krieg nach wie vor als Mittel der Politik ab. Aber in unserem Gründungsprogramm gibt es ein Selbstverteidigungsrecht, sozusagen die äußerste Notwehr. Und das gilt für die Opfer der grauenhaften Entwicklung im früheren Jugoslawien, wo ein neuer Faschismus zu siegen droht. Das bringt uns Grüne in einen Grundwertekonflikt.

SPIEGEL: Sie plädieren für die Abkehr vom Prinzip der Gewaltfreiheit. Warum wollen Sie das wegreden?

Fischer: Ich will das überhaupt nicht wegreden, ich möchte nur klarmachen, daß es nicht um das Abräumen von Prinzipien geht, sondern um eine konkrete, hochgefährliche Herausforderung. Nach Srebrenica gibt es die Argumentation mit dem Uno-Einsatz, wie wir ihn bisher kannten, eben nicht mehr. Ich giere doch nicht nach Militäreinsätzen, das ist absurd . . .

* Mit Redakteuren Olaf Ihlau und Paul Lersch an seinem Urlaubsort in der Toskana.

SPIEGEL: ... unter dem Bellizisten-Image scheinen Sie wahrlich zu leiden ...

Fischer: ... weil ich von der politischen Lösungskompetenz von Gewalt letztendlich nicht überzeugt bin. Gewalt gebiert immer neue Gewalt. Dennoch hängt manchmal an ihr das Überleben. Das ist der Widerspruch.

SPIEGEL: Deutschland hat seit Kriegsende eine Kultur der Zurückhaltung praktiziert. Was Sie da anpeilen, bedeutet eine Zäsur.

Fischer: Ich möchte die Zäsur gar nicht abstreiten, aber ich peile da gar nichts an. Die Zäsur liegt in der Wirklichkeit des ethnischen Krieges. Können wir angesichts des Vormarsches eines neuen Faschismus einfach zuschauen? Nehmen unsere politischen Grundüberzeugungen nicht Schaden? Da geht es an die moralische Substanz der deutschen Linken.

SPIEGEL: Militärische Gewalt unter bestimmten Umständen also nicht nur zum Schutz von Schutzzonen?

Fischer: Ich habe nun wirklich nicht mit lautem Hurra gesagt, wir müssen uns in diesem Fall für Gewalt aussprechen. Ich habe meinen ganzen Zwiespalt dargestellt. Wir sollten natürlich alles tun, um eine gewaltfreie, zivile Außenpolitik mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Aber dennoch: Wenn ein aggressiver Nationalismus mit dem großen Schlachten an der Zivilbevölkerung beginnt, dann werden wir um die Frage nicht herumkommen, wie wir es mit der internationalen Solidarität auch unter dem Gesichtspunkt der Hilfe zum Eigenschutz halten.

SPIEGEL: Pazifismus ist heutzutage offenbar etwas altmodisch geworden.

Fischer: Völliger Blödsinn. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß eine gewaltfreie Überzeugung heute dringend not tut, gerade auch in Deutschland. Eine grundsätzliche Abkehr von unserer Position der Gewaltfreiheit hielte ich für völlig falsch. Aber auch Pazifisten werden ihre Augen vor den ethnischen Morden nicht verschließen können und, wenn andere Methoden nicht mehr helfen, auch zu den letzten Mitteln ja sagen müssen. Das hat Jürgen Habermas in seinem SPIEGEL-Interview hervorragend dargestellt. Und, mit Verlaub, auch Günter Grass oder Ralph Giordano stehen doch nicht für Bellizismus.

SPIEGEL: Herr Fischer, helfen Sie mit dem interventionistischen Schwenk nicht gerade jenen Rechten, denen Sie vorwerfen, „Schritt für Schritt Deutsch-



FOTOS: J. H. DÄRCHINGER

„Können wir angesichts des Vormarsches eines neuen Faschismus einfach zuschauen?“

land wieder zu einer militärisch gestützten Außenpolitik zurückzuführen“?

Fischer: Nicht die deutsche Rechte hat Srebrenica auf dem Gewissen. Das waren der General Mladić und seine Spießgesellen, das war nicht das Versagen, sondern die Lüge des Uno-Schutzzonen-Konzeptes. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir alles tun sollten, damit dieses durch die Einheit wieder sehr groß gewordene Deutschland eine möglichst kleine militärische Rolle spielt. Davon verabschiede ich mich mitnichten.

SPIEGEL: Habermas geht sogar weiter. Für ihn ist die Inkonsequenz nicht zu rechtfertigen, in Bosnien „nur die Soldaten anderer Nationen vorzuschicken“.

Fischer: Mir geht's nicht um Vorschicken. Für mich wiegt die historische Hypothek des Nationalsozialismus auf dem Balkan und das Bonner Vorpreschen bei der Anerkennung Kroatiens nach wie vor sehr schwer. Ich glaube nicht, daß Deutschland mit einem militärischen Einsatz zur Deeskalation auf dem Balkan beitragen kann.

SPIEGEL: Bezweckt Ihr Rundbrief eine Art emotionale Entlastung angesichts der Greuelbilder aus Bosnien, die uns das Fernsehen Tag für Tag vorführt?

Fischer: Wenn in einer solchen Situation die Emotion nicht gilt – wann dann? Wenn eine demokratische Linke die Sensibilität dafür nicht mehr aufbringt, daß ein neuer Faschismus Uno-Schutzzonen abräumt und unter den Augen der Weltöffentlichkeit Tausende verschwinden läßt – ja, meine Güte! Da reden Sie von „Entlastung“?

SPIEGEL: Würden Sie Ihr Bosnien-Papier nach dem Vorstoß der Kroaten in der Krajina anders schreiben?

Fischer: Ja, Sie haben dort jetzt die ethnische Säuberung von der anderen Seite. Die Krajina soll serbenfrei gemacht werden, und das ist ein weiteres großes Verbrechen. Das ist der Nationalismus in seiner kroatischen Variante, Deutschlands sogenanntem Freund. Aber Srebrenica wird dadurch nicht ungeschehen gemacht und die Notwendigkeit einer Antwort darauf auch nicht.

SPIEGEL: Wer moralisch argumentiert, darf sich nicht nur durch Bosnien aufwühlen lassen. Krieg und Konflikte gibt es auch anderswo.

Fischer: Ich argumentiere keineswegs moralisch. Ich argumentiere auf der Grundlage eines bestehenden Uno-Einsatzes. Wenn die Vereinten Nationen nicht in der Lage sind, die Schutzzonen zu schützen, müssen sie das sagen. Dann müssen sie aber auch den Menschen die Möglichkeit geben, sich selbst zu verteidigen. Jedenfalls muß die Lüge von Schutzzonen, die keine sind, ein Ende haben. Ich lasse mir keine generelle Po-



„Auch zu den letzten Mitteln ja sagen“

sitionsverschiebung grüner Außenpolitik anhängen. Damit kann ich nicht dienen.

SPIEGEL: Es wirkt schon ein bißchen kurios, wenn Sie Ihren Schwenk auf die Schutzzonen in Bosnien beschränken.

Fischer: Das ist überhaupt nicht kurios. In Srebrenica ist die tragende Säule unserer Argumentation, das Schutzzonen-Konzept, weggebrochen. Die Grünen werden diskutieren müssen, wie wir in vergleichbaren Situationen mit dem Grundwertekonflikt umgehen, den wir als gewaltfreie Partei haben: Verteidigung von Leben und Freiheit einerseits – eine zivile Ordnung der Gewaltfreiheit andererseits.

SPIEGEL: Wollen Sie Ihre Partei außenpolitisch neu ausrichten, um regierungsfähig zu werden?

Fischer: Sie unterstellen mir eine Instrumentalisierung des Mordens in Srebrenica, die ich in aller Schärfe zurückweisen muß. Sollte 1998 eine rot-grüne Mehrheit dasein, so wird Kohl abgelöst werden. Die Partei wird sich rechtzeitig vor 1998 Klarheit verschaffen müssen, wie sie als mögli-

che Frage keine Antwort, was denn für ihn die Konsequenz aus Srebrenica ist. Kritik, die ihre eigene Haltung nicht benennt, ist wenig überzeugend.

SPIEGEL: Lafontaine sagt, die Nato sei ein Verteidigungsbündnis und habe mit Bosnien nichts zu tun. Wollen die Grünen die SPD jetzt rechts überholen?

Fischer: Ich plädiere doch nicht für Out-of-area-Einsätze oder ähnliches. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß Deutschland sich auf humanitäre Unterstützung beschränken sollte. Was aber ist die Konsequenz aus Srebrenica – Schutzzone, Abzug, weiter so? Darauf habe ich keine Antwort bekommen.

SPIEGEL: Die Alternative heißt Energie- und Kommunikationsembargo gegen Bosniens Serben und Restjugoslawien.

mich auch: nie wieder eine Rolle Deutschlands, die die Verführung zum Krieg beinhaltet. Das andere ist „Nie wieder Auschwitz“.

SPIEGEL: Wie wollen Sie Auschwitz ohne Krieg verhindern?

Fischer: Das ist ein großer, nicht auflösbarer Widerspruch. Auschwitz bedeutet den äußersten Krieg gegen die Nazis und das Deutsche Reich bis hin zu deren völliger Niederlage oder dem Untergang der Zivilisation. „Nie wieder Krieg“ bedeutet die Verpflichtung, nie wieder eine Politik zuzulassen, wo das Verbrechen regiert und dann in militärische Aggressionen, in Völkermord, in Versklavungsversuche anderer Völker umgesetzt werden kann.

SPIEGEL: Die Militärs zögern mit Interventionen in Bosnien, die Generati-



Britische Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe bei Sarajevo: „Die Lüge von Schutzzonen muß ein Ende haben“

che Regierungspartei mit dem Militärfaktor in Deutschland umgehen will. Ich bin mir sicher: Diese Debatte wird es geben. Aber die muß man nicht an Bosnien festmachen.

SPIEGEL: Auch der SPD-Vorsitzende Scharping bekräftigt die militärische Dimension Ihrer Bosnien-Reflexionen.

Fischer: Ja, mit Rudolf Scharping ist es schwierig. Da weiß man nicht so genau, was man von so einer Kritik halten soll. Er wird ja nicht müde, uns immer zu sagen, wir müßten diesen oder jenen Unsinn endlich lassen.

SPIEGEL: SPD-Vize Lafontaine nennt Ihre Positionen „fehlerhaft“.

Fischer: So sehr ich Oskar Lafontaine schätze: Er gibt auf die entscheidende

Fischer: Ich würde meinem Herrgott danken, wenn die Embargos konsequent angewandt worden wären und funktioniert hätten. Aber es gibt mächtige Interessen, die das verhindern, weil es auch ein gemeinsames Handeln des Westens in diesem Konflikt nicht gibt. Da stoßen Sie auf historisch bedingte, teilweise absurde Interessenlagen, übrigens auch auf deutscher Seite.

SPIEGEL: Der Krieg diene der Belebung einer „verfetteten“ Gesellschaft, meint die Rechtsphilosophin Sibylle Tönnies.

Fischer: Mich widert eine solche Argumentation an. Für mich gehören zwei „Nie wieder“ zum Kernbestand meiner politischen Identität. Das eine ist „Nie wieder Krieg“, und daran hängt für

on ehemaliger Kriegsdienstverweigerer aber wendet sich ab vom Pazifismus. Ist das nicht absonderlich?

Fischer: Auch als Pazifisten werden wir uns in einer gewaltsamen Welt neu definieren müssen. Ich würde meiner Partei raten, zu diesem Widerspruch in den Grundüberzeugungen auch zu stehen und nicht zu versuchen, ihn auf die eine oder andere Weise aufzulösen. Die Debatte, die wir solidarisch führen müssen, ist über die Grünen hinaus von Bedeutung. Die SPD als die große Traditionswahrerin der deutschen demokratischen Linken führt diese Diskussion nicht. Also müssen wir sie führen.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □